

Jugendparlament räumt SchülerInnen mehr Eigenverantwortung ein

Novelle zum Schulunterrichtsgesetz macht elterliche Unterschrift nach Ende der Schulpflicht vielfach unnötig

Wien (PK) - Mehr Eigenverantwortung für SchülerInnen: Unter dieser Maxime verabschiedeten heute die niederösterreichischen Jugendlichen, welche Nationalratspräsidentin Doris Bures zum Jugendparlament (JP) eingeladen hat, mehrheitlich eine Novelle des Schulunterrichtsgesetzes. Demnach können Schülerinnen und Schüler nach Abschluss der Schulpflicht – also ab der 10. Schulstufe – ohne Unterschrift ihrer Erziehungsberechtigten viele schulische Belange selbstständig bestimmen. Eine Schulkommission soll im Einzelfall für die Aberkennung dieser Entscheidungskompetenz herangezogen werden. Somit trafen die Jung-MandatarInnen bei ihrer Ausschusssitzung über die Regierungsvorlage zum "Eigenverantwortung in der Schule-Gesetz" Vorkehrungen, um möglichen Missbrauch der Entscheidungsfreiheit von SchülerInnen zu verhindern.

In der Plenardebatte unter Leitung des Dritten Nationalratspräsidenten Norbert Hofer richteten die Jugendparlament-Abgeordneten überdies zusätzliche Forderungen an die Bildungspolitik. Die Anregungen in insgesamt fünf Entschließungsanträgen reichten von Wahlfreiheit bei Schulfächern bis zum Ethikunterricht und erhielten größtenteils Zustimmung im Plenum.

SchülerInnen mehr Selbstständigkeit zutrauen

Die Koalitionsparteien Violett, Türkis und Gelb erneuerten im Nationalratssitzungssaal ihre Argumente für die Schulunterrichtsgesetz-Novelle in Fassung des Ausschussbeschlusses. So wiesen die Abgeordneten Lena Lessig (Gelb), Anton Scarpatetti (Violett), Pia Herzog und Nikolas Pap (beide Türkis) darauf hin, der ursprüngliche Gesetzesentwurf hätte über das Ziel hinausgeschossen. "Zu viele Freiheiten" habe die Regierungsvorlage mit völliger Selbstbestimmung vor Ende der Schulpflicht vorgesehen, befand beispielsweise Herzog, immerhin müssten die Eltern als Geldgeber bei Entscheidungen mit erhöhtem Finanzbedarf ein Mitspracherecht haben. Scarpatetti führte als eine der wichtigsten Abänderungen im JP-Ausschuss die Installierung der Schulkommission an.

Die Bedeutung des Selbstentscheidungsrechts speziell in Verbindung mit der autonomen Abmeldung vom Religionsunterricht wurde von Pap hervorgehoben und Violett-Mandatar Bernhard Mittenecker meinte generell, die neuen Regeln für selbstbestimmtes Handeln unterstützten SchülerInnen, sich leichter im Schulwesen zurechtzufinden.

Weswegen die Weiße Fraktion, „Freiheit und Toleranz“, der positiven Ausschussempfehlung zum Eigenverantwortung-Gesetz nicht zustimmt, erklärte deren Abgeordnete Tina Schubert: Der Weiß-Vorschlag, SchülerInnen bereits ab der 9. Schulstufe ausgeweitete Entscheidungsrechte zu geben, hätte viel eher dazu beigetragen, dass die Jugendlichen "über sich hinauswachsen", also in ihrer Selbstständigkeit gefördert werden.

Entscheidungsfreiheit mit Abstrichen

Einen "bildungspolitischen Meilenstein" stelle das "Eigenverantwortung in der Schule-Gesetz" dar, ist hingegen Türkis-Abgeordnete Ümmü-Gülsüm Çelik überzeugt, fördere es doch freie Entscheidungen von SchülerInnen. Gelb-Mandatarin Sarah Nagl bestätigte, Selbstständigkeit zu lernen sei für SchülerInnen wichtig, da sie auch als Erwachsene viele eigene Entscheidungen treffen müssten. Allerdings sollten die Eltern gerade in Angelegenheiten wie Schulveranstaltungen, die höhere Kosten verursachen, nicht vom Informationsfluss ausgenommen werden. Ihre Parteikollegin

Lisa Falb ergänzte, aufgrund ähnlicher Überlegungen bedürften Frühwarnungen bei schlechten Noten weiterhin einer Unterschrift der Erziehungsberechtigten.

Abgesehen davon, so Stefan Folkensteiner für Violett, könnten SchülerInnen nach Beendigung ihrer Schulpflicht künftig in Schulfragen weitestgehend selbstständig entscheiden, zumal 16-Jährige auch schon wählen und mit dem Motorrad fahren dürfen. Abgeordneter Florian Holler (Gelb) zog nach, letztere Bereiche erforderten immerhin weit mehr Verantwortung als die meisten schulischen Belange.

Die Weiß-Mandatarinnen Sophie Pratschner und Maren Kirchner kritisierten indes, die Ausweitung der Entscheidungsfreiheit nach Ende der Schulpflicht erfolge zu spät. SchülerInnen ab der 9. Schulstufe müsse ebenfalls eine gewisse Verantwortung zugemutet werden, verlangte Pratschner, sodass sie ehestmöglich Eigenverantwortung übernehmen, wie Kirchner ausführte.

Durch die Einrichtung einer Schulkommission aus Lehrkräften, Erziehungsberechtigten und dem oder der betroffenen SchülerIn bei Fragen, ob einer Schülerin oder einem Schüler besser das Recht auf Selbstbestimmung in schulischen Belangen entzogen werden soll, obliege es nicht mehr allein dem Lehrer oder der Lehrerin, darüber zu befinden. So erläuterte Violett-Abgeordneter Leonhard Winkelbauer die im Gesetz getroffene Vorkehrung gegen negative Folgen der neuen Freiheiten für SchülerInnen. Ursachen einer Aberkennung des Rechts auf eigenständige Entscheidungen können laut Gesetzesvorlage durch die Selbstbestimmung verursachte Leistungsverschlechterungen beim Schüler bzw. bei der Schülerin oder der Klasse sein sowie damit verbundene gesundheitliche Schäden. Das – im Ausschuss abgelehnte – Weiß-Konzept einer Vermittlungsinstanz bei Unstimmigkeiten in diesem Bereich stellte wiederum Patrick Hoffmann (Weiß) im Detail vor. Entscheidend sei darin, dass die Erziehungsberechtigten bei der ersten Kommissionssitzung von Lehrkräften und SchülerInnen nicht dabei sein sollen, sondern erst hinzugezogen werden, falls weitere Beratungen nötig sind.

Politik im Bildungsbereich vielerorts gefordert

Wünsche an die Bundesregierung, die über das neue Gesetz für mehr Selbstbestimmung im Schulalltag hinausgehen, deponierten die JP-Abgeordneten in mehreren Entschließungsanträgen.

Weiß-Mandatarin Lara Brukner brachte einen Antrag auf gesetzliche Verpflichtung ein, SchülerInnen über ihr Recht zur Abmeldung vom Religionsunterricht ausreichend zu informieren. Derzeit wüssten viele Jugendliche nicht, dass sie diesen Schritt ab dem 14. Lebensjahr ohne Abklärung mit Eltern oder Schulleitung setzen dürfen, monierte Brukner, deren Kritik von der Plenumsmehrheit geteilt wurde. Ebenfalls mehrheitlich nahm das Jugendparlament den Antrag der Violett-Abgeordneten Julian Zach, Kristina Buchinger und Daniela Samer an, die eine Wahlmöglichkeit bei Unterrichtsstunden fordern. Je nach Interessen und Talenten sollten SchülerInnen eigenverantwortlich die Intensität bzw. den zeitlichen Umfang ihres Unterrichts bestimmen können, um ihre Begabungen bestmöglich zu fördern, skizzierte Zach das Anliegen.

Mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für SchülerInnen beim Unterricht forderte auch Abgeordnete Katharina Konrad (Weiß) ein, nämlich in Bezug auf Inhalt und Methodik der Wissensvermittlung; sie blieb mit ihrem Entschließungsantrag aber in der Minderheit. Mehrheitlich verabschiedet wurden dagegen der Antrag auf freiwilligen Ethikunterricht von Sophia Panek (Gelb) und der Aufruf von Sandro Sprem (Türkis), an allen Schulen kostenloses drahtloses Internet für SchülerInnen nutzbar zu machen, und zwar ohne Einschränkungen und Kontrolle. (Schluss)